

17.07.2024

## Kleine Anfrage 4175

der Abgeordneten Markus Wagner und Professor Dr. Daniel Zerbin AfD

### **Hunderte Polizisten als Verfassungsfeinde unter Verdacht – Wie schaut es in Nordrhein-Westfalen aus?**

Laut den Innenministerien mehrerer Bundesländer sind Disziplinarverfahren oder Ermittlungen gegen mindestens 400 deutsche Polizisten wegen des Verdachts auf eine rechtsextremistische Gesinnung oder das Vertreten von Verschwörungsideologien eingeleitet worden.<sup>1</sup>

RTL und das Magazin Stern berufen sich dabei auf Angaben aus den 16 Innenministerien der Bundesländer. Der unlängst in Dienst getretene Polizeibeauftragte des Bundes beim Deutschen Bundestag, Uli Grötsch (SPD), der die Gefahr als so groß wie nie zuvor sieht, sagte: „Wir leben in Zeiten, in denen von Rechtsextremen gezielt versucht wird, die Polizeien zu destabilisieren.“<sup>2</sup>

Auch der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) meldete sich zu Wort und nannte Polizisten, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen und extremistische Ansichten verfolgen, „eine große Gefahr für die Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit“. Er sagte zudem: „Diese Menschen will ich nicht bei der Polizei haben“.<sup>3</sup>

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, äußerte sich wie folgt:

„Die Ermittlungen zeigen klar und deutlich, dass in den Reihen der Polizei eine hohe Sensibilität gegenüber extremistischen Umtrieben von Beschäftigten besteht.“<sup>4</sup>

Beamte, die nachgewiesenermaßen rechtsextremistische Haltungen vertreten oder Verschwörungserzählungen verbreiten, hätten in der Polizei nichts zu suchen. Das Disziplinarrecht müsse daher konsequent angewendet werden. Wichtig sei jedoch ebenso, so Kopelke gegenüber der Deutschen Presse-Agentur, „dass bei falschen Verdächtigungen die volle Rehabilitation der fälschlich Beschuldigten wieder hergestellt wird“.

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article250861722/Rechtsextremismus-Mindestens-400-Polizisten-als-Verfassungsfeinde-unter-Verdacht.html>.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda.

Angesichts von rund 330.000 Polizeibeschäftigten von Bund und Ländern sei die Zahl jener, gegen die ermittelt werde, sehr gering. Als positives Beispiel hob der GdP-Vorsitzende ein Projekt der Polizei Niedersachsen hervor, bei dem sogenannte Demokratiepaten freiwillig im Einsatz sind. Aufgabe dieser Freiwilligen ist unter anderem, im polizeilichen Umgang mit populistischen und demokratiegefährdenden Erscheinungen beratend zu wirken. Wie WELT.de berichtete, gebe es Ermittlungen wegen möglicher Extremisten in den Reihen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern seit Jahren immer wieder. Bereits 2022 hatte das Bundesinnenministerium einen Lagebericht dazu veröffentlicht. Damals wurde bekannt, dass binnen drei Jahren 327 Mitarbeiter wegen nachweislicher Bezüge zum Rechtsextremismus oder zur Szene der Reichsbürger aufgefallen waren.<sup>5</sup>

Wie die Rheinische Post berichtete, sind in den vergangenen vier Jahren 17 Rechtsextremisten aus dem Beamtenverhältnis entfernt worden. Weiter heißt es dazu:

„In 66 Fällen sei eine rechtsextreme Gesinnung anderweitig geahndet worden, teilte das NRW-Innenministerium am Donnerstag auf Anfrage mit. Seit 2017 seien 388 Hinweise auf extremistische Einstellungen verfolgt worden, darunter 370 Hinweise auf rechtsextreme Einstellungen. In 101 Fällen dauere die Prüfung noch an. In 204 Fällen habe sich der Vorwurf nicht erhärtet. Seit 2016 seien acht Polizisten unter Verdacht geraten, der Reichsbürgerbewegung anzugehören. Ein Beamter sei rechtskräftig aus dem Dienst entfernt worden. In den übrigen Fällen gebe es noch keine rechtskräftige Gerichtsentscheidung, zum Teil dauern die Ermittlungen noch an.“<sup>6</sup>

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil rechtskräftiger Verfahren gegen Polizeibeamte wegen des Verdachts auf eine rechtsextremistische Gesinnung oder wegen des Vertretens von Verschwörungstheorien in Nordrhein-Westfalen?
2. Was wird den unter Frage 1 abgefragten Polizeibeamten jeweils einzeln konkret zur Last gelegt?
3. Inwieweit wurden bei den bisherigen Ermittlungen private Mobiltelefone von Polizeibeamten überwacht?
4. Ab welchem Sachzusammenhang bewertet die Landesregierung eine Verschwörungserzählung nicht mehr als persönliche Sichtweise, die durch die Meinungsfreiheit geschützt ist?
5. Wie definiert die Landesregierung den Begriff der „Verschwörungstheorie“?

Markus Wagner  
Professor Dr. Daniel Zerbin

---

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Vgl. [https://rp-online.de/nrw/panorama/rechtsextreme-bei-nrw-polizei-17-beamte-entlassen-weitere-faele-geahndet\\_aid-110091471](https://rp-online.de/nrw/panorama/rechtsextreme-bei-nrw-polizei-17-beamte-entlassen-weitere-faele-geahndet_aid-110091471).